

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abgabebedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 2506-2507
Tel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin

Die Krise in London überwunden.

Die Bankiers befriedigt.

London, 1. August. (W.B.) „Times“ schreibt zu der gestern von der ersten Kommission der Reparationskonferenz erzielten Vereinbarung: Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Bankiers befriedigt worden sind, bevor der Plan aufgestellt wurde. Es ist daher glücklicherweise als wahrscheinlich zu betrachten, daß die Vorschläge von der Konferenz endgültig angenommen werden. Was die Frage der isolierten Aktion betrifft, so werden die vollen Rechte jedes Landes aus dem Versailler Vertrag vorbehalten. Diese Rechte werden von Frankreich vermutlich so ausgelegt werden, daß es zu einer isolierten Aktion als letztem Mittel berechtigt ist. Doch ist zuzugeben, daß diese Möglichkeit entfernt ist. Sie könnte lediglich eintreten, nachdem drei verschiedene Autoritäten Deutschlands in Bezug erklärt haben. Auch dann verpflichtet sich Frankreich, mit den anderen Mächten über gemeinsame Aktionen zu verhandeln, bevor eine isolierte Aktion endgültig in Erwägung gezogen wird. Man darf also hoffen, daß das Schreckgespenst einer neuen Ruhrinvasion gebannt ist.

Auch „Daily News“ glaubt, daß die französische Formel die Wünsche der Bankiers befriedigen wird. Das Blatt sagt, selbstverständlich sei es durchaus möglich, daß die ganze für den Fall eines Verzuges vorgesehene Maschinerie in Gang gesetzt werde, auch irgendein Staat eine unabhängige Aktion unternehmen könnte. Aber der Wert des Planes liege darin, daß er eine solche viel unwahrscheinlicher mache als sie augenblicklich sei.

London, 1. August. (W.B.) Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt er hört, daß Logan und Owen Young den vom ersten Komitee angenommenen Plan genehmigt hätten, da er das Haupthindernis für die Aufbebung einer Anleihe für Deutschland beseitige. Was die Arbeiten des dritten Ausschusses betreffe, so seien noch zwei Punkte ungeklärt, der eine sei die Frage der Einsetzung eines Schiedsgerichtes für die vom Transfereusschuß nach den Bestimmungen des Dawes-Planes getroffene Entscheidung, der andere sei die Frage der Einsetzung einer Instanz, die darüber entscheiden soll, welche Abänderungen (wenn überhaupt) an dem Dawes-Plan vorgenommen werden sollten. Die Franzosen hätten die Reparationskommission vorgeschlagen, Großbritannien habe eine unabhängige Körperschaft verlangt.

Die Aussichten der Konferenz.

London, 1. August. (W.B.) Heute nacht 2 Uhr tagte die Kommission für den Zahlungsmodus immer noch. Einer ihrer Unter Ausschüsse hat den Entwurf für die deutschen Sachleistungen fertiggestellt. Danach sollen dem Organisationskomitee für die Sachleistungen eine gleiche Anzahl alliierter und deutsche Delegierte beigegeben werden. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ ist über die Aussichten der Konferenz optimistisch gestimmt. Bei Geduld und gutem Willen könnte es möglich sein, zwischen den beiden Standpunkten zu einem Kompromiß zu gelangen. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt jedoch, daß sich die Konferenz gegenwärtig in einem tragischen Zustand befinde.

Die dritte Kommission noch nicht einig.

Paris, 1. August. (W.B.) Wie der Sonderberichterstatter von „Havas“ aus London vormittags 9 Uhr mitteilt, konnte die dritte Kommission, die den größten Teil der Nacht beraten hat, sich über die Transfrierungsfrage gemäß dem Kompromißvorschlag der französischen Delegation nicht einigen. Die Kommission tritt um 11 Uhr wieder zusammen.

Die Pariser Jaurès-Feier.

Paris, 1. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Gedächtnisfeier, mit der am Donnerstag ganz Frankreich den 10. Jahrestag des Verbrechens beging, das am Vorabend des Krieges mit der Ermordung von Jean Jaurès begangen worden ist, wurde zu einer unerschöpflichen Apotheose für den großen Apostel der Menschheit. Der Beschluß des Parlamentes, Jaurès' sterbliche Reste ins Pantheon, das Nationalheiligtum der französischen Republik, zu überführen, von der Kammer mit überwältigender Mehrheit gefaßt, von Senat fast einstimmig ratifiziert, gab den würdigen Anlaß dieser Feier, die die sozialistische Partei zusammen mit den Gewerkschaften im Trocadéro, in einem von Gemier, dem Leiter des Odéon-Theaters, entworfenen künstlerischen Rahmen voranstaltete. Chöre von Schumann und Mendelssohn leiteten die Trauerfeier ein. Dann bestieg als Erster Léon Blum das Podium, auf dem in schwarze Schleier gehüllt die Büste des großen Toten stand. Blum rief die Erinnerung wach an jene furchtbare Nacht des 31. Juli 1914. Jaurès ist gefallen — so führte er aus — im Augenblick, da die Nacht sich auf Paris senkte, auf ein Paris in Angst und Fieber, und es ward doppelt Nacht, da der strahlende Stern der geistigen Menschheit erlosch für immer. Jaurès ist gefallen als einer der größten geistigen Führer. Er ist von Mörderhand dahingestreckt worden, er, der der Menschlichkeit unter Menschen war, der durch ein Wunder, einzig in seiner Art, die festeste Gabe des durchdringenden und weisheitlichen Verstandes und den größten Reichtum des Wissens vereinigte, er ist gefallen als Opfer der Kriegsbegehr, des Irrtums und des Hasses, als Opfer jener Kräfte, gegen die er sein Leben lang gekämpft hatte. Er hatte sich zum Ziele gesetzt, die Menschheit von allen Schattens zu befreien. Seitdem war es Nacht geworden auf der Erde, eine Nacht, die vier Jahre dauerte und Ströme von Blut fließen sah. Aber die Menschheit will den Tag. Schon erstrahlt das neue Licht, das der Tote in der Ferne gesehen hatte.

Unter den welchvollen Klängen eines Schubert'schen Chores fielen die Schleier von der Büste, und der Saal bebte von einer vieltausendstimmigen Ovation. Dann folgten die Ansprachen der weiteren Redner, die das Andenken von Jaurès in allen Sprachen feierten und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse aller Länder und die Menschheit schlechthin priesen.

Besatzung frist Reparation auf.

Paris, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Eine von der Reparationskommission veröffentlichte Statistik besichert die von den einzelnen Mächten bis zum 30. Juni 1924 vereinbarten Reparationsleistungen in Millionen Goldmark wie folgt: Frankreich 17, England 1,3, Belgien 1,7, Italien 0,4. Im einzelnen hat Frankreich erhalten: 144 Millionen bar, 1278 Millionen in Sachleistungen und 302 Millionen in Form abzutretenden Eigentums. Nach Abzug der Besatzungskosten blieb davon ein Ueberschuß von — 101 Millionen für Reparationszwecke.

Die Sozialpolitik der Arbeiterregierung.

Erklärungen des Genossen Snowden.

London, 1. August. (Eig.) In der gestrigen Unterhausung erklärte Finanzminister Snowden bei der Beratung des Budgets des Arbeitsministeriums, auf welche Weise die Regierung die Arbeitslosigkeit beheben werde. Verschiedene Projekte, die große Ausgaben erforderten, seien vorgezogen, um die Produktion in England zu steigern und infolgedessen auch die Budgeteinnahmen. So läme man dazu, die Produktionskosten zu vermindern, ohne die Lohnhöhe herabsetzen zu müssen. Außerdem werde die interalliierte Konferenz, die augenblicklich in London tagt, voraussichtlich ein Resultat erzielen, das den verschiedenen Völkern gestattet werde, sich wieder an die friedliche Arbeit zu begeben, und das eine Lage in Europa schaffen werde, daß die englischen Waren auf dem Kontinent ihre früheren Absatzgebiete wieder finden könnten.

Kurswechsel in Südslawien.

In der sich seit diesen Monaten hinziehenden Regierungskrise Südslawiens ist eine überraschende Wendung eingetreten. Sonntag mittag betraute der König den Führer des oppositionellen Blocks, Djuba Davidowitsch, einen serbischen Demokraten, mit der Regierungsbildung, und abends war das Ministerium ernannt. Davidowitsch bildete ein Koalitionsministerium, in dem die Unabhängigen Demokraten, die Christen Slowenen, die bosnischen Ushamedaner vertreten sind. Die bisher herrschende Partei Pasitsch ist übergangen worden. Die Verhandlungen der Regierung mit den Vertretern der kroatischen Bauernpartei haben einen günstigen Verlauf genommen. Die Partei wird die neue Regierung unterstützen, wohl sie in ihr eine Garantie für die Lösung der kroatisch-serbischen Frage erblickt. Ueber die Rückkehr Raditsch wurde nicht gesprochen, da einer solchen nichts im Wege steht. Sein Eintreffen in Zagreb ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Die Frage des Eintritts der Raditsch-Partei in die Regierung wurde vorläufig noch nicht aufgeworfen.

Das Verbrechen an Matteotti.

Rom, 1. August. (W.B.) Auf Grund eigener Erhebungen über die Wegschaffung der Leiche Matteotti stellte das „Giornale d'Italia“ fest, daß am 16. Juni auf dem römischen Friedhof die Leiche eines Unbekannten begraben worden sei. Das Blatt gibt genau die Stelle an und fragt, ob es nicht angebracht wäre, die Ausgrabung dieser unbekanntes Leiche anzuordnen. Es verweist auch, daß der anonyme Brief über das Verschwinden Matteotti bei Bibese von einem Beteiligten stammt, der die Behörden habe irreführen wollen.

Rom, 31. Juli. (W.B.) Die Auslagen des ehemaligen unitarischen Abgeordneten Janiboni gegenüber dem vorkriegsständischen „Popolo d'Italia“ haben großes Aufsehen erregt. Janiboni habe Nachforschungen nach dem Verbrechen an Matteotti bei mehreren Bekannten der Angeklagten in Mailand fortgesetzt und festgestellt, daß Matteotti zuerst mehrere Goldstücke erhalten habe und schließlich ermüdet worden sein. Nur der Angeklagte Volpi habe für die Teilnahme am Verbrechen 50 000 Lire erhalten, was er aber als schlechtes Geschäft betrachte.

Dem toten Republikaner.

Eine Gedächtnisfeier für May Dortu.

Freiburg i. Br., 1. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Grabe des vor 75 Jahren, am 31. Juli 1849, den Ständrechtstugeln des preußischen „Kartäuschen“-Bringen zum Opfer gefallenen Revolutionärs und Freiheitshelden Maximilian Dortu aus Potsdam versammelten sich am Donnerstagsabend die sozialdemokratische Partei, die sozialistische Arbeiterjugend, die demokratische Partei und die demokratische Studentengruppe unter der Führung des Reichsbannerschwartz-Rot-Gold zu einer schlichten Gedächtnisfeier, bei der Genosse Adolf Ged-Offenburg die Gedächtnisrede hielt auf den Vorkämpfer des republikanischen Staatsgedankens. Die Feier wurde eingeleitet und beendet durch Vorträge der Arbeiterjugend. Die einzelnen sozialistischen und republikanischen Organisationen ließen Kränze niederlegen.

Kulturwille.

Zur ersten Arbeiter-Kulturwoche in Leipzig.

Von Richard Lehmann.

Der erste Versuch, das Nebeneinander sozialistischer Kulturbestrebungen und -organisationen zu einem Miteinander und Füreinander zu gestalten — ein Wagnis? Gewiß. Denn noch sehen wir kaum die Umrisse der neuen Kultur, die sich auf den wirtschaftlichen Umwälzungen der näheren und der ferneren Zukunft aufbauen wird. Noch können wir nicht einmal das Zeitmaß dieser wirtschaftlichen Umwälzungen mit einiger Sicherheit vorausbestimmen. Aber das eine hat uns eine Zeit verfrühter Sozialisierungsträume jedenfalls gelehrt — sollte sie uns gelehrt haben —: daß eine auf dem Gedanken der Gemeinschaft fußende Wirtschaftsordnung erzieherische, kulturelle Voraussetzungen erfordert, die zurzeit noch nicht erfüllt sind.

Weder die Wirtschaftsgeschichte, noch die Kulturgeschichte lassen sich konstruieren; man kann nicht eine historische Epoche abbauen und eine neue dann dahinterbauen. Man kann nur die organische Entwicklung in ihrem Auf und Ab, ihrem Hin- und Zurückfluten zielbewußt — aber in Erkenntnis des organischen Werdens jeder Entwicklung — beeinflussen. Und man sollte nie vergessen, daß wirtschaftliche, politische und kulturelle Wandlungen im selben Strombett fließen, sich gegenseitig verstärken, gemeinsam vorwärtsfluten oder einzeln verlanden müssen.

Zweifellos ist der kulturelle Strom hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben. Kultur und Bildungswesen, Erziehung und Unterricht unserer Zeit ruhen in ihrem weit überwiegenden Teil auf Anschauungen, die im Wirtschaftsleben seit einem halben Menschenalter oder länger überwunden sind. Und die Erkenntnis dieser Rückständigkeit ist es, die den Vorwärtsdrang der letzten Jahre auf allen Gebieten kulturellen Lebens geboren hat.

Die sozialistische Kulturbewegung selbst brauchte allerdings nicht erst gemacht zu werden. Sie war da. Der Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse, der Fortschritt der Arbeiterbewegung, die politische und wirtschaftliche Machtentfaltung der Arbeiterschaft wären undenkbar ohne das Fundament kulturellen Wollens, ohne das vorwärtstreibende Moment der Sehnsucht nach höheren Formen der Kultur. Die einzelnen Teile der sich anbahnenden Entwicklung liegen auch hier nebeneinander und verstärken sich wechselseitig. Aber organisatorisch gesehen sieht die politische und wirtschaftliche Frage bis heute durchaus im Vordergrund. Hier macht sich von Anfang an das Streben nach machtvoller Zusammenfassung und Vereinheitlichung geltend. Partei und Gewerkschaften streben über den als selbstverständlich erkannten nationalen Zusammenschluß nach internationaler Gemeinsamkeit. Kulturelle Organisationszellen aber kristallisieren sich nebenher, in der Vereinzelung, in Angliederung, in bunter Mannigfaltigkeit; sie tragen gar nicht den Willen zu einer selbständigen Kulturorganisation in sich, ja, sie haben zunächst nicht einmal das Bewußtsein, Glieder eines großen Gemeinsamen zu sein. Bildungsausschüsse der Partei, Bildungsvereinigungen der Gewerkschaften, Arbeiterfänger, Arbeiterportier, Naturfreunde, Volksbühne, Volkshochschule, Arbeiterwohlfahrt, Abstinenzbewegung, Freiberger, Arbeiterjugend, Jungsozialisten, Kinderfreunde und so fort — welche eine erdrückende Fülle mehr oder weniger selbständiger Spezialorganisationen, die alle Wegbereiter einer neuen, einer sozialistischen Kultur sein wollen!

Was wissen sie voneinander?! Von ihrer Arbeit, ihren Erfahrungen, ihrem Streben, von dem, was ihnen als Bild dieser neuen, sozialistischen, proletarischen Kultur vorschwebt! Wo war bisher etwas erkennbar von einem Willen, zur Zusammenarbeit, zur Einheitlichkeit, zur Organisation zu kommen! Ja, wo war auch nur das Bewußtsein der Gemeinsamkeit irgendwie klar ausgeprägt!

Sollte der Grund dieser in der Arbeiterbewegung doch wirklich einzigartigen Zerfaserung nur in der Vielgestaltigkeit des kulturellen Lebens liegen? Und wäre darum hier eine Vereinheitlichung nicht zu erreichen, ja nicht einmal als notwendig oder auch nur wünschenswert anzustreben? Das wirtschaftliche Leben ist doch sicherlich nicht weniger mannigfaltig als das kulturelle, und trotzdem hat sich die Form für eine große, einheitliche, wirtschaftliche Kampforganisation der Arbeiterklasse finden lassen. Daran also liegt es nicht. Zum mindesten nicht allein. Aber auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet hat der Kampf, die Erfahrung, die Forschung ein so einheitliches Bild der nächsten Ziele vor uns entstehen lassen, daß eine ebenso einheitliche Kampffront möglich war. Auf kulturellem Gebiete ist noch alles Taft, Versuchen, Unsicherheit. Ueber Umfang, Inhalt oder gar Form der werdenden Kultur beginnt eben erst der Streit der Meinungen.

Es ist noch nicht lange her, da konnte man mit einigem Recht behaupten, das Proletariat erhöhe jeweils die abgelegte Garderobe der Bourgeoisie zu ihrer kulturellen Mode. Jetzt droht man in den umgetehrten Fehler zu verfallen: man hantiert mit den Begriffen sozialistische Kultur, Massenkultur, Proletkultur, ohne daß sich auch nur zwei Menschen daselbe darunter vorstellen, man will eine neue Kultur hervorzuheben, man zerrt an den Keimblättern, weil das Wachstum zu langsam zu gehen scheint.

Beide Fehler zu vermeiden, an Stelle der gedankenlosen Imitation wie der blutleeren Konstruktion einen wirklich

schöpferischen Kulturwille zu wecken, das organische Werden der neuen Kultur tatkräftig zu fördern, ist die Aufgabe der kulturellen Arbeit der Gegenwart. Ihr wird die erste sozialistische Arbeiter-Kulturwoche in Leipzig dienen, in der zum erstenmal alle die bisher getrennt arbeitenden Organisationen in eine — zunächst lose — Fühlung miteinander treten. Noch ist es nicht Zeit, ein organisatorisches Gerüst zu konstruieren, weil es in die Wolken hineingebaut werden müßte. Noch sind die Arbeiten der „Kulturwoche“ nicht in die Geschlossenheit einer „Tagung“ zusammengepaßt. Noch tagen sie nebeneinander, nicht miteinander: die Bildungsausschüsse der Partei, der Gewerkschaften, die Kinderfreunde, die Lehrer, die Studenten, Sänger und Sportler, Jugend und Jungsozialisten. Aber daß sie alle diese Anregung einer gemeinschaftlichen Kulturwoche so lebhaft aufgegriffen und — aller Ungunst der Zeit zum Trotz — so energisch durchgeführt haben, beweist doch, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit nunmehr lebendig geworden ist und nach einem organisatorischen Ausdruck sucht.

Der Weg mag noch lang sein, an dessen Ende die dritte Säule der Internationale steht. Aber wir sehen ihn. Wir wandern schon auf ihm. Und wir warten und arbeiten, arbeiten und warten, bis die gesamte Kulturbewegung aus innerer Begründetheit dem nationalen und internationalen Zusammenschluß zustrebt. Die erste sozialistische Kulturwoche ist ein verheißungsvolles Zeichen.

Deutschnationale als Regierungspartei.

Wulle entlarvt sie als Erfüllungspolitik.

Als die Deutschnationalen gar nicht mehr wußten, wie sie ihren Umfall von „nationaler Opposition zu regierungstreuer Erfüllungspolitik“ verschleiern sollten, erfanden sie die schöne Theorie, nach der nicht sie, sondern die anderen, die Regierungsparteien, ja sogar die Sozialdemokraten umgefallen seien. Ihre jeden Tag wechselnden Formulierungen über die sogenannten Ehrenpunkte wurden von ihnen absichtlich so gefaßt, daß an sich jeder Mensch bereit sein mußte, für die Durchsetzung dieser Bedingungen einzutreten, waren es doch zum größten Teil Selbstverständlichkeiten oder Bedingungen, die durch das Dames-Gutachten selber vorgeschrieben sind. Jedenfalls: das Entscheidende war, daß die Deutschnationalen das Sachverständigenurteil als solches jetzt anzunehmen bereit sind und daß das Songlieren mit Bedingungen nur die Bedeutung einer obligaten Rückzugskanone ad usum Delphini hat, das die Wählermassen beschwindeln soll. Gott sei Dank: die Hüter deutscher Ehre schlafen und schlummern nicht. Wulle wagt. Er reißt rücksichtslos den Deutschnationalen die Maske vom Gesicht. In einem Artikel der „Reckenburger Warte“ stellt er — wie wir glauben, nicht mit Unrecht — fest, daß die Deutschnationalen ihr Anwachsen bei den Wahlen lediglich ihrer skrupellosen Agitation gegen das Sachverständigenurteil verdanken. Jetzt aber ist die Schwelung der Deutschnationalen nicht mehr zu verbergen!

„Die Blühtäume sind grausam zerstört. Die Leitung der Deutschnationalen Fraktion ist von dem klaren Standpunkt während des Wahlkampfes abgewichen, sie erklärt das Gutachten für eine Verhandlungsbasis, wenn gewisse Ehrenpunkte erfüllt werden. Damit geht sie am Kern der Frage vorbei. Nicht die Befestigung dieser oder jener unerträglichen Zustände ist das Wesentliche, sondern die Tatsache, daß dieses Gutachten der teuflische Plan ist, der jemals erdunken ist, um ein Volk bis zum letzten Blutstropfen auszulaugen. Das hat kein anderer wie Heißerich mit der ihm eigenen Klarheit erkannt, als er das Gutachten des „zweiten Versalles“ nannte, und alle Wohlgerüche Trübens schafften die Tatsache nicht aus der Welt, daß die Deutschnationalen mit der Annahme des Gutachtens als Verhandlungsbasis sich offen zur Erfüllungspolitik bekant haben. Die Rede des deutschnationalen Abgeord-

neten Hoeyßch am 26. Juli im Reichstag bedeutet den offiziellen Abmarsch der Partei in das Lager der Erfüllungspolitik.“

Wulle belegt seine Behauptungen über den Umfall der Deutschnationalen mit Einzelheiten aus den Ausschußverhandlungen des Reichstages.

„Wer in den Ausschüssen zu tun hatte, konnte dauernd in der letzten Zeit feststellen, daß die Deutschnationalen die einzigen zuverlässigen Stützen der Regierung Marx-Stresemann geworden sind. Alle weitergehenden sozialen Anträge, die zum Teil sogar von den Regierungsparteien angenommen worden waren, wurden durch die Deutschnationalen niedergestimmt, die dem Reichsfinanzminister Dr. Luther bei den Beratungen förmlich die Gegenstände in den Mund legten und mit wahren Entsetzen unsern Antrag niederstimmten, wonach der Etat für die Durchführung des sog. Friedensvertrages (640 Goldmillionen Mark) zu streichen sei und die Beträge im Interesse des deutschen Volkes, insbesondere zur Hebung der sozialen Not und für die Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen, zu verwenden seien. Graf Westarp erklärte, grundsätzlich stimmten die Deutschnationalen uns zwar zu, man müsse aber doch erst London abwarten. Das ist klipp und klar das Bekenntnis zur Erfüllungspolitik, denn die Konferenz in London mag ausfallen, wie sie will, sie bedeutet die Bewegung der Erfüllungspolitik und die Anerkennung der deutschen Verpflichtung zu ungeheuerlichen Zahlungen.“

Wulle weist nach, daß die Deutschnationalen dem Ratetakt geschlossen zugestimmt haben, der in dem allgemeinen Wirrwarr der Abstimmung bekanntlich von der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt wurde. Damit „haben die Deutschnationalen buchstäblich die Regierung Marx-Stresemann gerettet, die gleiche Regierung, bei deren Bildung die Deutschnationalen ihren Übergang zur nationalen Opposition erklärten“. Boller Entsetzen stellt Wulle fest, daß die Deutschnationalen durch ihr Verhalten sich damit auf den Boden der Erklärung der Regierung Marx gestellt haben, die den Versailler Friedensvertrag als Rechtsgrundlage und Verständigungsbasis anerkennt. Hat doch Marx in seiner amtlichen Erklärung vom 12. Juli gesagt:

„Wir wollen wieder vertragsmäßige Zustände; wir wollen wieder, daß der Versailler Vertrag und das Rheinlandabkommen voll in Kraft gesetzt werden und die Rechtsgrundlage bilden, auf der wir uns mit unseren ehemaligen Gegnern in ehrlicher Verständigung zu beiderseitigem Nutzen auseinandersetzen können.“

Das Urteil ist fertig:

„Das deutsche Volk ist um eine Hoffnung ärmer. Die Deutschnationale Volkspartei ist nicht mehr die Partei der nationalen Opposition, sie gehört von jetzt ab zur Erfüllungspolitik.“

Wulle bestätigt damit nur das, was die Deffentlichkeit längst weiß, was noch viel mehr in die Massen des Volkes hinausgetragen werden muß: die Deutschnationalen haben in der übelsten und verlogensten Demagogie unter Ausnutzung der Unterstützung, die sie von Poincaré erhielten, die Verzweiflung der Massen ausgenutzt. Sie haben bewußt und wider besseres Wissen einen Bruch mit der Erfüllungspolitik und die Ablehnung des Dames-Gutachtens versprochen. Sie benutzen die erste Gelegenheit, die sich ihnen bietet, um auf diese Versprechungen zu pfeifen, nur weil sie hoffen, ihre wirklichen Ziele erreichen zu können: auf den Krücken des Bürgerblocks die alte soziale und politische Vormachtstellung der wilhelminischen Periode für Junker, Generale und Schwerindustrielle wieder herzustellen. Ihnen ist das nationale Geschrei ebenso wie ihre scheinsozialen Agitationsredensarten nur Mittel zum Zweck. Die Nation ist ihnen nichts, der Geldsack alles. Sie vergessen bei dieser ebenso plumphen wie dummen Spekulation nur das eine, daß die Folgen dieser Manöver sich gegen sie selber richten müssen.

Die Volksbüchereien in Dänemark

Als das klassische Land der Volkshochschule hat Dänemark keinen unbestrittenen Ruhm. Doch es in jüngster Zeit aber auch auf dem Gebiete des Volksbüchereiwesens Musterständiges geleistet hat, ist eine Tatsache, der noch längst nicht genügend Beachtung geschenkt worden ist. Diese kulturpädagogische Leistung eines kleinen Staates verdient um so mehr Anerkennung, als sie in einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne, in rund dreißig Jahren, zustande gebracht worden ist und auf keineswegs günstigen Voraussetzungen ruhen konnte. Denn gerade dem Ansehen der Volkshochschulen, wo das gesprochene „lebendige Wort“ als Lehre herrsche, war es zuzuschreiben, daß der „rote Buchstabe“ der Bücher gering geachtet wurde. Der reiflosen Arbeit eines Mannes und ihrer verständnisvollen Förderung durch den Staat haben es die Dänen hauptsächlich zu verdanken, daß aus den sechs Kopenhagener Volksbüchereien am Ende des vorigen Jahrhunderts heute ein wohlgefügtes, über das ganze Land verbreitetes System dieses Hauptzweiges aller Volksbildungsarbeit sich entwickelt hat. Was Grundriss für die dänische Volkshochschule war, ist Prof. Steenberg für das dänische Büchereiwesen. Seiner rastlosen Agitations- und Organisationsfähigkeit verdankt es seine heutige Blüte.

Steenberg ging aus von dem Verhältnis des Kindes zum Buch und suchte in ihm zunächst die Bedeutung des Lesens zu verankern. Die Lehrer, und insbesondere den jungen Lehrernachwuchs, suchte er in seinem Sinne zu beeinflussen und die Frage von Schülerebüchereien auch an Volksschulen in Fluß zu bringen. Schließlich gelang es ihm, hierfür einen regelmäßigen Staatszuschuß zu erhalten und 1917 die Gründung eines Vereins für Schülerbüchereien zu veranlassen. Durch diese zunächst schulmäßigen Bemühungen machte er auch die Deffentlichkeit darauf aufmerksam, welche ausgezeichnete Werkzeuge die öffentlichen Büchereien und ihre Fachbibliothekare für das Volkes geistige und materielle Entwicklung seien. So begann er darauf seine volksbibliothekarische Agitation, in der er von dem englisch-amerikanischen Vorbild ausging, vor allem in den Provinzstädten. Im Anschluß an seinen Vortrag wurde gewöhnlich ein Ausschuß gebildet, der die Einrichtung einer Bücherei am Orte vorbereitete; es wurden Gelder und Bücher gesammelt, ein Büchereiverein gegründet und eine Ausleihe eröffnet, zu deren Unterhalt die Stadt bald einen wesentlichen Zuschuß zu bewilligen pflegte. Hinzu kamen seit dem Jahre 1897 die staatlichen Zuschüsse, mit denen seit dieser Zeit außer den Kreisbüchereien auch die kommunalen Büchereien unterstützt werden sollten. Aus dem Ausschuß, der über diese Gelder verfügte, entwickelte sich der Staatliche Büchereiausschuh, der seit 1910 in Kopenhagen ein eigenes Bureau unter der Leitung Steenbergs innehat und seit 1920 nach Annahme des Büchereigesetzes als „Büchereirat“ zusammen mit der „Büchereiaufsicht“ das dänische Büchereiwesen leitet. Er ist für die weitere Ausbreitung der dänischen Volksbüchereibewegung von weittragender Bedeutung gewesen. Er gab die Regeln für die Einrichtung und den Betrieb von Büchereien heraus, ferner eine Reihe von Handbüchern über bibliothekarische Einzelfragen, richtete Ausbildungsgänge für Büchereileiter ein und setzte schließlich

die Gründung einer Büchereischule in Kopenhagen durch. Durch ihn hat die dänische Volksbüchereiarbeit ein einheitliches Gepräge und dadurch eine größere Stöckkraft als z. B. bei uns erhalten.

Als wichtige Glieder in dieser kraftvollen Entwicklung der dänischen Volksbüchereiarbeit sind von Bedeutung die Gründung der Staatsbücherei zu Aarhus, die sich besonders auch der volksbibliothekarischen Arbeit annahm, ferner im Jahre 1905 der Zusammenschluß aller staatlich unterstützten Volks- und Jugendbüchereien zum Verein „Dänemarks Volksbüchereien“, der vor allem den Büchereien Rabatt bei den Verlegern verschaffte und sich im Jahre 1920 mit dem zur Vertretung der Fachbibliothekare gegründeten Dänischen Büchereiverein zu „Dänemarks Büchereiverein“ verschmolz. Ein wesentlicher Anstoß ging ferner aus von der auf der Landesausstellung zu Aarhus im Jahre 1909 errichteten Musterbücherei und der damals tagenden Bibliothekerversammlung. Noch ähnlichen Gesichtspunkten ging etwas später der Stadtbibliothekar Karbo in der Hauptstadt vor, deren Einrichtung dann wiederum bald für das ganze Reich vordbildlich wurde. Besonders geschah dies durch die Einrichtung von Zentralbüchereien in größeren Provinzstädten, die fachlich ausgebildeten Bibliothekare erhielten und den einzelnen Kreisen mit ihrem Bücherbestand und durch Beratung dienten. Ihre staatliche Befestigung fand diese Entwicklung des dänischen Volksbüchereiwesens im Jahre 1920 durch die Annahme des Büchereigesetzes. Das Gesetz befaßt sich mit sämtlichen Büchereien, die die allgemeine Volksbildung und die wissenschaftliche Arbeit fördern, einerlei ob sie kommunale, private oder Vereinsbüchereien sind. Der Staat kann ihnen einen Zuschuß für die Einrichtung gewähren und eine jährliche Beihilfe bis zur Hälfte der Ortszuschüsse. Schon jetzt ist die außerordentliche Wirkung des Gesetzes erkennbar in dem bedeutenden Anwachsen der Staatszuschüsse (von 190 000 Kronen im Jahre 1919 auf 465 000 Kronen im Jahre 1921/22) und der örtlichen Zuschüsse (von 300 000 Kronen auf 605 000 Kronen in der gleichen Zeit) und der Ausleiheziffer auf über drei Millionen, alles ohne Einbeziehung der Kopenhagener Büchereien, deren Etat gleich der Hälfte des Landesetats ist und deren Ausleihe diesem Verhältnis ziemlich genau entspricht.

Schamgefühle.

Von K. Lompenmaier.

Magdeburg ist bekanntlich in einen Farbentopf gefallen. Das sieht ganz lustig aus. Zudem: Man hatte es auch nötig. Natürlich sind noch Mängel dabei. Es ist zu fühlen, es geschieht meist aus Ueberzeugung, aber Bedürfnis sind die Farben, die Kinder des Lichtes noch nicht überall. —

So philosophierte ich, im wartenden Zug, mein Oberkörper hing dabei, den Rahmen gut füllend, aus dem Fenster 2x2. Klasse. Ich fühlte schon die Fahrt nach Berlin. Da fiel mir plötzlich ein windigeiliges Mädchen mit einem blauen Altendackel unterem Arm ins Blickfeld. Zum Teufel, das war ja der leidhafte Aktuarus, die perlonifizierte Bureaufkratte, das Bäckchen am Paragrafenschwanz! Hinter ihm drängten sich zwei Brüder, jeder hatte einen Ziviltisten an der Hand. Dann kam, eilig im Ge-

Die Landwirtschaft verlangt...

Die ministerielle Dienstauffassung der Agrarier.

Wir haben gestern der Berichtigung des preussischen Landwirtschaftsministers Dr. Wendorff an die „Deutsche Tageszeitung“ die Bemerkung hinzugefügt, daß nach der ersten Verbeugung Wendorffs vor den Agrariern nun von ihm strammster Gehorsam und Rückkehr zum Dienst für die Schutzzöllner gefordert werden würde. Diese Voraussetzungen hat sich schon bestätigt. Die „Deutsche Tageszeitung“ präsentiert dem Minister folgenden Parolebefehl:

„Schließlich genügt für einen Minister in solchem Fall nicht die Abgabe einer platonischen Erklärung, sondern es kann mit Fug von ihm erwartet werden, daß er für das für notwendig und richtig Erkannte mit altem Nachdruck eintritt und gegebenenfalls kämpft. Zur Ausübung solcher Tapferkeit hätte Herr Dr. Wendorff allein schon im preussischen Kabinett Gelegenheit genug. Welche Folgen daraus entstanden sind, daß er den Feinden der Zollvorlage im Staatsministerium das Feld überlassen hat, mit dem ersten Ergebnis einer weiteren Verschleppung, darauf ist hier schon hingewiesen worden. Die Landwirtschaft verlangt in solcher Situation, wie sie ihr jetzt auf den Hals geladen ist, nicht nur platonische „grundfäßliche“ Zustimmung zu ihrer Forderung, sondern deren praktische und nachdrückliche Betätigung.“

Nun weiß Herr Dr. Wendorff Bescheid. Damit er sich über seine Pflichten ja nicht irrt, liest ihm die „Kreuzzeitung“ noch ein Kolleg über agrarische ministerielle Dienstauffassung:

„Herr Wendorff hätte aber angeht die der auch ihm bekannten Sabotageabsichten der Sozialdemokratie gegenüber der Zollvorlage seinen Urlaub ruhig um einige Tage verschieben können. Daß er es nicht getan hat, zeugt zum mindesten von einer eigentümlichen vor der Revolution unbekanntem ministeriellen Dienstauffassung.“

Die Agrarier pfeifen, und die Minister gehorchen — so war's vor der Revolution und so wollen es die Agrarier wieder haben. Herr Dr. Wendorff ist zwar Schutzzöllner, aber er ist Demokrat, ist republikanischer Minister, und er wird Charakter genug haben, um die agrarische Unverschämtheit anders zu beantworten als ein Minister des alten Regimes.

Knüppel-Kunze ohne Badehofe.

Die lustige Geschichte einer Lebensrettung.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht die Zuhrschrift des Sebaer Bedeargtes Dr. Posner, der vor einigen Tagen den guten Knüppel-Kunze aus dem Wasser gezogen und ihm dadurch das Leben gerettet hat. Er bittet, sein Verdienst nicht zu übertreiben und schildert dann in außerordentlich launiger Weise die einzigartige und köstliche Situation, wie der deutsche Arier Richard Kunze von einem Juden aus dem Wasser gezogen wurde. Er schreibt:

„Nichtig ist nur, daß ich ins Wasser ging, um ihn zu retten; da unser Bademeister auf dem Posten war, wäre die Rettung auch ohne mich gelungen. Die ganze Sache ist nicht der Rede wert, da ich, mit jedem Sturm verortet, mich nicht in die geringste Gefahr begeben habe. Kunze badete an einem Tage, an dem ein sehr schwerer Nordweststurm herrschte, die Strömung war rasend. Aber Kunze tanzte so arglos mitten ins Wasser hinein, daß ich sofort zu meiner Frau sagte: Der wird abgetrieben.“

„Ich halte es noch nicht ganz ausgesprochen, da hing er schon an dem Drahtseil, das die Badeanstalt umschließt. In diesem hätte er sich ohne weiteres entlassen und retten können, wenn er nicht völlig den Kopf verloren hätte. Er blieb am Seil hängen, rief: „Holt mich doch“, und verlor die Badehofe. Das ist der ganze Sachverhalt. Ich habe ihn dann noch in ein Badetuch gewickelt, damit er sich vor den Menschen nicht unverschämte zu zeigen brauchte. Kunze hätte keinen Retter gebraucht, wenn er den Unterschied zwischen der stürmischen See und einer politischen Versammlung erfaßt hätte: in der See muß man den Mund zumachen und etwas tun, in seinen Versammlungen reißt man ihn auf und redet Dinge, die nie getan werden dürfen, wenn der Staat Bestand haben soll. Schließlich ist noch zu berichten, daß Kunze es nicht der Mühe für wert gehalten hat, sich zu bedanken, ferner, daß er sich wirklich später, als er wieder der große Kunze war, erkundigt hat, ob ich

wühl vorwärtsdrängend, ein Krimineller — ich nehme an, es war einer, denn er zerrie einen großen, stattlichen Menschen in Zucht-hausdrillisch hinter sich her. Dieser schaute geradeaus, in den Horizont, über die Köpfe der neugierig und gruselig starrenden Menschen hinweg. Er machte sich in den Blicken der Umstehenden vielleicht nicht spiegeln wollen — da schwenkte der blaue Altendackel, er war auf dem falschen Bahnsteig. Die Prozession mußte den Spießrutenweg zurück. In diesem Augenblick lachte der Zuchthäusler auf; leises Rot stieg ihm vom Gesicht bis tief in den freien Hals und stierstarren Raden. Er wollte die Situation wohl komisch finden, weil sie ihm gar nicht gleichgültig war. —

Wir ersahen das Schamrot des Zuchthäuslers wie ein plötzlich aufspringendes Problem: Warum genierten sich nicht die müßigen Gaffer, warum schämte sich der Drillmann über die Reuigierigen, warum schämte ich mich?

Ich fürchte, Lauts sämtliche Forbentöpfe reichen nicht aus, um schmutzige Menschen innerlich sauber zu machen. Eßt man auf dem Magdeburger Bahnhof jedenfalls nur eine Farbe: Das Schamrot des Zuchthäuslers.

Hundert Jahre „nervos“. Im 18. Jahrhundert hatte der Ausdruck „nervos“, wie auch das lateinische „nervosus“ und das französische „nerveux“, durchaus noch die Bedeutung „schwach“, „kraftlos“. Ein „nervos“ Mann war damals also ein nervenstarker Mann; z. B. Waffenschmiede „nervos“, ruhige Kerle! Die Vermittlung zum Begriff „nervenschwach“ geschieht durch die medizinische Wortbildung. In einem Aufsatz Goethes über das menschliche Auge aus dem Jahre 1824 findet sich der Satz: „Das Bildungsstadium pflegt bei nervöser Stimmung in atonischem (= marient) Zustände länger wachzuhalten!“ In der Folgezeit steigerte sich das Interesse für die Bezeichnung krankhafte Nervenzustände durch das Wort „nervos“ dauernd. Besonders die unbefriedigten, negierenden, zweifelhafte — mit einem Wort selbst „nervos“ — Schriftsteller des Jungen Deutschlands brachten den Ausdruck „nervos“ bzw. „Nervosität“ für ohnmächtige Erschöpfung und krankhafte Unruhe in Aufnahme. In wenigen Jahrzehnten drang er dann in Novellen, Dramen, Romane, ja selbst in die Lyrik ein und machte sich auf diesen Gebieten unentbehrlich.

Er der allerletzten Zeit verbindet man nicht immer mehr einen nachteiligen Sinn damit. „Benn man“, schreibt Labandor, „das Automobil als ein „nervos“ Fahrzeug bezeichnet, so will man damit doch nicht seine Unauflöslichkeit, sondern seine Feinheit, seine Fähigkeit zum schnellen Eingeben auf den Willen des Lenkers hervorheben; und „nervos“ Feinheit japanischer Zeichnung und japanischen Kolorits soll doch offenbar ein Lob für die gesunde Sinnlichkeit der Japaner bedeuten, welche für die zaristischen Reize von Farbe noch empfänglich sind.“

So erscheint es nicht ausgeschlossen, daß unsere Sprache durch einen abermaligen Bedeutungswechsel zu dem ursprünglichen Sinn des Ausdrucks „nervos“ zurückkehrt!

Eine biologische Woche findet vom 15. bis 22. August auf Schloß Reinhardtstrunn bei Friedland statt. Die Leitung hat Dr. ehem. Fritz Kaufmann, St. Gallen. Thema: „Der Entwicklungsgebanke im Wandel der Zeiten“. Vorträge bis zum 5. August an die Volkshochschule Thüringen, Jena, Carl-Heiß-Platz 3.

Jude sei. Ich kann ihn wenigstens insoweit entlasten, als ich mit ihm der Ansicht bin, daß die Sache nicht des Dankes wert war. Da ich gebe ihm sogar die Versicherung, daß ich auch weiterhin jedem in Not Befindlichen beistehen werde, daß ich aber niemals dulden würde, daß sich ein Knüppel-Kunze bei mir bedankt.

Wir sind wirklich neugierig, ob Knüppel-Kunze sich zu dieser köstlichen Affäre noch äußern wird. Im allgemeinen entwickelt sein Mundwerk doch eine eigentlich nur als „jüdisch“ zu bezeichnende Frechheit. Wenn er den ersten Schreck über die verlorene Badehose überwunden hat, wird die Witwe wohl wieder von ihm hören. Wir werden aber auch das übersehen, denn schließlich irgendwann tötet die Lächerlichkeit doch einmal.

Ein verständiges Urteil.

Esterrenten werden nach dem Reichsverförmungsgesetz grundsätzlich nicht gewährt, solange Personen da sind, welche auf Grund gesetzlicher Unterhaltspflicht imstande sind, ausreichend für den Unterhalt der Kriegerverwundeten zu sorgen. So hatte das Hauptverfürmungsamt Altona den Anspruch der Witwe G. in Badendiel (Mecklenburg), welche der Kriegsverwundete drei Söhne hatte opfern müssen, abgelehnt, weil noch zwei Söhne lebten, welche, da sie zu den Beamten, wenn auch nur der untersten Gruppen, zählten, imstande sein sollten, ausreichend für den Unterhalt der Mutter zu sorgen.

Das Verfürmungsgericht Schwerin erkannte dann im Klagewege den Anspruch auf die Esterrente an, indem es die beiden überlebenden Söhne nicht für unterhaltspflichtig im Sinne des Gesetzes ansah. Gegen dies Urteil legte das Hauptverfürmungsamt Altona Rekurs beim Reichsverfürmungsgericht ein und „beduzierte“, daß „man das Bestreben gewisser Bevölkerungsschichten, die keineswegs zu den wirtschaftlich am schlechtesten gestellten gehören, ihre Unterhaltspflichten auf die Allgemeinheit, also auf andere, abzuwälzen, durch derartige Entscheidungen nicht unterstützen solle. Jedenfalls sei das nicht der Wille des Gesetzes“.

Das Reichsverfürmungsgericht hat nun den Rekurs des Hauptverfürmungsamts Altona als unbegründet zurückgewiesen. Es führt dazu u. a. aus: „Bei den derzeitigen Teuerungszuständen und der Befolgung der untersten Beamtengruppen, denen die beiden Söhne Ludwig, der zudem verheiratet ist, und Friedrich angehören, können sie auch gemeinschaftlich nicht als imstande erachtet werden, der bereits 66 Jahre alten und somit auch pflegebedürftigen Klägerin regelmäßig den ausreichenden Unterhalt, auch bei Berücksichtigung ihrer Einkünfte aus der kleinen Häuserstelle, zu gewähren. Dem Rekurs des Fiskus war daher der Erfolg zu verfahren.“

Das Urteil des Reichsverfürmungsgerichts wirkt um so befriedigender, als der Krieg die alte Frau durch den Verlust dreier Söhne so außerordentlich hart getroffen hat. In solchen Fällen herauszuspitzen, ob nicht das Gesetz eine Handhabe bietet, den Anspruch abzulehnen, ist sicher nicht der Wille des Gesetzgebers.

Protest der Straßenhändler.

Der „Reichsverband ambulanter Gewerbetreibender“ hatte die Straßenhändler Berlins zu einer Versammlung im Mehrereisenhaus zusammengerufen, um mit ihnen die Abwehrmaßnahmen gegen die neuerdings vom Magistrat angeordnete Standgeldderhebung und gegen die willkürliche Auslegung und Anwendung der Polizeistraßenverordnung zu besprechen.

Zunächst hielt Wille ein Referat über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Straßenhandels. Der Straßenhändler, der ein ehrliches Gewerbe wie jeder andere ist, hat durch die Schnelligkeit, mit der er die Waren an die Käufer heranzubringen kann, besonders für die minderbemittelte Bevölkerung große Bedeutung erlangt. Besonders Obst und Gemüse werden ohne Umwege unmittelbar vom Großhändler zum Verkauf gestellt und auf diese Weise nicht nur frisch und gut erhalten, sondern auch durch geringere Geschäftsunkosten wesentlich billiger abgegeben. Das ist aber für große Teile der Berliner Bevölkerung von unschätzbarem Vorteil; nur so kann das für die Ernährung und die Gesundheit so zuträgliche Obst und Gemüse den weitesten Volksteilen zugänglich gemacht werden. Es liegt für das Publikum unzweifelhaft ein Reiz zum Kauf darin, daß es sofort auf dem Wege durch die Straßen Gelegenheit zum Kauf hat. Der sogenannte „Spezialist“, der den Zweck seiner Waren und Artikel durch eine Befragung dem Publikum verständlich macht, ist oft der Pionier für die Uebernahme dieser Warenneheiten in den allgemeinen Handel. Der Straßenhändler ist zu einer Notwendigkeit im Wirtschaftsleben geworden, er sollte von den Behörden gefördert, statt bekämpft werden. — Der Syndikus des Obst- und Gemüsegroßhändlervereins, Dr. Eisner, ver sprach die Unterstützung seiner Organisation in jeder Hinsicht. — Zum Thema des Abends sprach Lehmann von der Ortserhaltung Berlin des Verbandes. Er zeigte, wie in der Zeit der Zwangswirtschaft dem Ladenbesitzer durch die „Magistratsware“ die Kunden einfach in den Laden getrieben worden sind. Das hat jetzt ein Ende, und nun heben und protestieren die Ladenbesitzer in der unglücklichsten Weise gegen die ambulanten Händler. Es hat fast den Anschein, als seien Magistrat und Polizei geneigt, diesen Heerzügen nachzugeben. Der Straßenhändler hat während der Zwangswirtschaft schwer um seine Existenz ringen müssen; jetzt kommen dieselben Leute, die während dieser Zeit von außerhalb kamen und sich einen Laden nebst Wohnung kauften, und wehren gegen den alteingesessenen Straßenhändler. Der Redner protestierte gegen die Einführung von Plakatscheinen und Standgeldern, denn dadurch wird aus dem stehenden Händlergewerbe ein ständiges gemacht. Der Straßenhändler wird aber durch seine billigen Waren preisgünstiger; er hat auch nicht die Absicht, die durch die Standgeldderhebung entstehende Belastung auf das Publikum abzuwälzen. Durch die Polizei ist es dem ambulanten Händler schon schwer genug gemacht. Er kann durchaus nicht dort handeln, wo er will, ja, es ist nicht einmal bedingungslos erlaubt, in freigegebenen Straßen zu handeln. Es ist vor längerer Zeit unter Mitwirkung des Reichsverbandes durch die Polizei eine allgemein gültige Straßenordnung festgelegt worden, die den Händlern verständnisvoll entgegen kam. Die Händler protestieren aber dagegen, daß die Ausführung dieser Verordnung den einzelnen Polizeivorkräften überlassen wird. In vielen Beispielen zeigte Lehmann, wie ungeschicklich die Behörden in ihrem Kampf gegen die Straßenhändler vorgehen. Während man den Erwerbslosen den Rat gibt, Straßenhändler zu werden, wendet man auf der anderen Seite alle erdenklichen Mittel an, den Händlern das Leben schwer zu machen. Täglich werden eine Unmenge neuer Umsatzearten an neue Straßenhändler ausgeföhrt, aber auch fast täglich werden die Straßen, in denen gehandelt werden darf, vermindert. Das ist eine Taktik der Behörden, gegen die schärfster Protest erhoben werden muß. Unter dem Beifall der Versammlung schloß der Redner mit der Aufforderung, den Kampf der Straßenhändler gegen die Ortserhaltungsmassnahmen der Behörden mit aller Kraft und Entschlossenheit durchzuführen.

Nachdem noch ein Vertreter der ambulanten Textilwarenhändler gegen das Verkaufsverbot auf den westlichen Vorortmärkten protestiert hatte, nahm die Versammlung eine Entschlieung an, die sich gegen die willkürliche Auslegung der Polizeiverordnung durch die Reviervorsteher wendet. Die Straßenhändler verlangen, daß die in Gemeinschaft mit der Organisation festgelegte Polizeiverordnung nur nach Beratung mit dem Reichsverband ambulanter Straßenhändler geändert werden kann.

Schlecht belohnte Gastfreundschaft. Beutezug eines Schwindler-Ehepaares.

Bei ihrer Rückkehr von der Hochzeitsreise wurden ein 34 Jahre alter Schlosser Lente und seine Frau Frieda in Berlin verhaftet. Lente entwich vor einiger Zeit aus dem Gefängnis in Holtenau und wurde seitdem zur Verübung seiner Kesseltate eifrig gesucht.

Unterdessen kam er nach Berlin. Von hier aus landete er seine Anstaltsfreibeiung an das Gefängnis zurück, mit einem schönen Gruß an den Posten, der hinter ihm her geschossen hatte. Die Kleidung, so schrieb er in seinem Begleitbrief, könne er jetzt nicht mehr gebrauchen. Kürzlich heiratete Lente seine Geliebte, die früher in großen Hotels Zimmermädchen gewesen war. Das Paar machte eine Hochzeitsreise nach dem Harz und kam dort auch nach Altenau. Hier traf Frau Lente eine frühere Kollegin, die in Altenau verheiratet ist und mit ihrem Mann ein kleines Häuschen besitzt. Diese nahm das Paar bereitwillig auf und bot ihm auch ein Nachtquartier an. Sie hatte keine Ahnung, was für ein Mann Lente war. Als alles im tiefsten Schlafe lag, stand das kleine Paar geräuschlos auf, packte Beiden und Wäsche und was es sonst an Wertgegenständen in seiner Stube fand, zusammen, riegelte das Fenster auf, stieg hinaus und fuhr im Nachtzug mit der Beute nach Berlin. Als das bestohlene Ehepaar am andern Morgen den Diebstahl entdeckte, setzte sich die Frau mit ihrem Bruder in den nächsten Zug und fuhr ebenfalls nach Berlin, weil sie wußte, wo ihre frühere Kollegin zu verkehren pflegte. Kriminalkommissar Busch gab ihr einige Beamte mit, und bald entdeckte man das diebische Paar in Schöneberg bei Verwandten und nahm es fest. Hier hatte es Unterhaltspunkte gefunden und auch die Beute vorläufig untergestellt.

Völlische Wut.

Hakenkreuzler gegen Schupo.

In der Brauerei Friedrichshagen, Seestraße 32, fand gestern abend von 8 bis 11½ Uhr ein Militärkonzert statt, zu dem sich etwa 3000 Zuhörer eingefunden hatten. Nach Beendigung des Konzerts reampfen Hakenkreuzler Angehörige des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ an. Da es schließlich zu Tätlichkeiten kam, mußte das Lokal polizeilich geräumt werden, wobei 10 Beamte der Bereitschaft Köpenick die Friedrichshagener Polizei unterstützten. Zu einem Waffengebrauch ist es nicht gekommen. Zwei Personen sind wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt festgesetzt worden.

Von der Kameradschaft Köpenick des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ wird uns dazu folgendes mitgeteilt: Als am Donnerstag wieder ein öffentliches Militärkonzert im Brauereiausgang Friedrichshagen stattfinden sollte, waren die anwesenden Hakenkreuzler sehr erstaunt, als sie hörten, daß der Parobemarsch der 15 Reichswehrleute ausfalle. Aus Berger darüber wird in der Annahme, daß die Reichsbanner-Beute mit der Veröffentlichung in der Sonnabendmorgenausgabe des „Vorwärts“ dieses „Spies“ verhindert haben, griffen die Hakenkreuzler Mitglieder des Reichsbanners tätlich an. Ein Schupobeamter, der das verhindern wollte, erhielt vom „Ober“ Hakenkreuzler Loose aus Köpenick mit einem dicken Stock einen Schlag ins Kreuz. Der zusammenstreichende Beamte wurde von Reichsbanner-Beuten aufgefangen und der mutige „Leutnant“ verhaftet. Dann räumte die Schupo das Lokal.

Schupo-Verschwendung.

Die Zahl der Schupobeamten für Berlin ist zu gering, das weiß jedermann, wie es ihm ebenfalls nicht unbekannt ist, daß die Einkünfte eine notwendige Vermehrung nicht duldet. Ministerialdirektor Dr. Abegg, der vor Jahren die Neureorganisation der Berliner Polizei in die Hände genommen, nachdem die Plänen ausgeführt waren, hat sich der überaus schwierigen Aufgabe mit großem Geschick entledigt. Inzwischen aber haben allerhand Verschiebungen in der Befugung der einzelnen Wachen stattgefunden, die nicht nur wertvoll, sondern auch die Sicherheit der Bewohner verschiedener Vororte auf das Ärgste gefährden. So herrscht zum Beispiel, um nur dieses eine herauszugreifen, auf der Polizeiwache der Gemeinde Grunewald eine verkommenen Ueberfülle von Schupo-Leuten. Man sieht sie am Tage auf allen Wegen und Slegen der ruhigen und friedlichen Kolonie immer zu zweien patrouillieren, und in gewissen Umständen führen noch Radfahrerpattouillen umher. Des Nachts daselbe Bild. Sollen etwa die reichen Villenbesitzer und ihr kostbarer Besitz besonders geschützt werden? Die Schupo-Wache Grunewald hat auch einen Polizeihund zur Verfügung, während andere Wachen einen Hund nicht haben. In der Kolonie Grunewald ist denn auch noch niemals ein Einbruch passiert. Schön! Wie steht es aber an anderen Stellen? Die Wache im benachbarten Schmargendorf, einem viel größeren und abgelegeneren Ort, ist so klein, daß die hier amtierenden überanstrengten und übermüdeten Beamten bei ihren nächtlichen Patrouillengängen immer nur alle drei Stunden wieder durch dieselben Straßen kommen. Und doch ist gerade Schmargendorf und namentlich der obseits gelegene Ortsteil am Bahnhof Hohenzollernpark immer wieder von einer Einbrecherbande heimgesucht worden, die bis auf den heutigen Tag nicht hat ergriffen werden können. Herr Dr. Abegg wird derartige Dinge bestimmt nicht billigen und hoffentlich bald durch eine gerechtere Verteilung Abhilfe schaffen.

Zwei Minuten Aufenthalt.

Aus Anlaß für die Opfer des Weltkrieges werden am Sonntag, den 3. August, alle Stadt-, Ring- und Vorortzüge in der Zeit von 12 bis 12,2 Uhr 2 Minuten auf der Strecke und in den Bahnhöfen halten. Es wird dringend darauf gewarnt, aus den auf der Strecke, insbesondere aus den kurz vor den Bahnhöfen haltenden Zügen auszu steigen.

Schwarzrotgoldene Fahnen.

Unser Hinweis auf die Schwierigkeit, sich schwarzrotgoldene Fahnen zu beschaffen, hat die Bekleidungs- und Bekleidungsindustrie der Berliner Gewerkschaften, Sebastianstraße 37, veranlaßt, die Herstellung schwarzrotgoldener Fahnen in die Hand zu nehmen. Die Berliner Gewerkschaft, und insbesondere die Arbeiterkammer, wird also die Möglichkeit haben, zum 11. August die republikanischen Farben zu hissen. Nähere Mitteilungen über den Bezug dieser Fahnen werden noch folgen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauslage bei.

„Kein Tag ohne Straßenbahnzusammenstoß.“ Unter dieser Epigramme hatten wir in der heutigen Morgennummer eine Nachricht über den Zusammenstoß eines Straßenbahnzuges mit einem Fußgänger veröffentlicht. Im Anschluß daran war die Behauptung aufgestellt worden, daß die Berliner Autofahrer in der ganzen Welt wegen ihres mangelhaften Fahrens bekannt seien und daß sie zum größten Teil nichts von einer Fahrordnung wissen sollten. Diese hahnenbüchsen Anwürfe gegen die Berliner Fuhrwerksteiler stammten natürlich nicht von uns. Durch ein technisches Versehen ist die folgende von uns dazu geschriebene Bemerkung ausgefallen worden, die wir hiermit nachholen: „Die Nachricht in dieser Form stammt aus einer alten Berliner Zeitung gleichmäßig zugeföhnt Berliner Lokalkorrespondenz, die es plötzlich für nötig hält, die Schuld an der unglücklichen Berliner Verkehrsmisere auf die Berliner Fuhrwerksteiler abzuheben zu können. Wer es beobachtet hat, mit welcher überlegenen Kaltblütigkeit, Ruhe und Zuverlässigkeit die Berliner Fuhrwerksteiler ihre Fuhrwerke durch die Verkehrsströme steuern, der wird diesen Vorwurf als unbedeutend und kränkend ablehnen müssen.“ — Außerdem wird uns aber mitgeteilt, daß das fragliche Fuhrwerk ein Postauto war, dessen Leiter noch immer nicht Aufseher sondern Chauffeur heißt. Aus den Erklärungen dieses Chauffeurs entnehmen wir, daß er durchaus frei von Schuld an dem Zusammenstoß ist.

Die Hochwassergefahr in Oberbayern beseitigt.

Auf Grund der neuesten Meldungen kann die Gefahr einer Hochwasserkatastrophe für Oberbayern als beseitigt gelten. Seit heute Nacht ist der Wasserstand der Alpenflüsse wieder im Sinken begriffen. Die Isar, die am gestrigen Donnerstagsabend ihren höchsten Wasserstand mit 450 Zentimetern erreicht hatte, hatte heute vormittag 10 Uhr nur noch einen Wasserstand von 350 Zentimetern. Dank der im Jahre 1910 errichteten großzügigen Dammanlagen ist München von Ueberflutungen fast ganz verschont geblieben. Nur an einigen Stellen wurden tiefergelegene Fabrikanlagen und Keller sowie die Schuppen des Pionierübungsplatzes unter Wasser gelegt. Die Ueberbrücken werden von Tausenden von Neugierigen belagert, die das grandiose Naturschauspiel der anstürmenden Wassermassen beobachten. Der Andrang war zeitweise so stark, daß einige kleine Brücken für den Verkehr gesperrt werden mußten. Infolge des Hochwassers werden aus verschiedenen Teilen des Alpenvorlandes Unterbrechungen des Eisenbahnverkehrs gemeldet, so auf der Strecke Traunstein-Rupolding und Garmisch-Mittenwald. An den ungeheueren Massen von mitgerissenem Treibholz ist zu erkennen, daß die Forstverwaltungen, besonders im österreichischen Gebiet des Inn, große Schäden erlitten haben müssen. In Bayern dürfte der erhebliche Schaden im Allgäu im Gebiet der Isar angerichtet sein, wo u. a. auch die Verbindungsbrücke zwischen Bayern und Württemberg weggerissen ist und zahlreiche Telephon- und Telegraphenleitungen zerstört worden sind.

Der Vierte Internationale Esperanto-Kongreß findet vom 14. bis 18. August in Brüssel statt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
Einblendungen für diese Rubrik sind
Berlin G. W. 68, Lindenstraße 2.
Hets an das Bezirkssekretariat
2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

137. Abt. Weindenberg-Bez. Heute abend 7½ Uhr: Kreisverbreiterberaumung im Volkshaus, Schornbeckerstr. 114. Die Delegierten erhalten ihre Ausweise im Volkshaus vom Abteilungsleiter ausgehändigt.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

77. Abt. Schwaberg. Genosse Karl Haling, Maurer, Augsburgstr. 32, ist verstorben. Einsegnung Sonnabend, 2. August, mittags 1 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße.

Gewerkschaftsbewegung

Die Ratifizierung marschiert.

Wie wir in unserem heutigen Morgenblatt bereits mitteilten, hat die englische Regierung, nachdem sie einen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat, der entsprechend dem Abkommen von Washington den Achtstundentag in England zum Gesetz erhebt, dem Parlament eine Vorlage unterbreitet, die die Ratifizierung des Abkommens auspricht. Damit hat die englische Regierung ihre in Genf gemachte Ankündigung eingelöst.

Nachdem vor einigen Tagen die französische Deputiertenkammer einen Antrag angenommen hat, der den Eisenbahngesellschaften die strenge Einhaltung des Achtstundentages zur Pflicht macht, kann mit Sicherheit angenommen werden, daß in kurzer Frist auch die französische Regierung die in ihrem Programm angekündigte Ratifizierung des Abkommens von Washington dem Parlament unterbreiten wird.

Kunmehr hat die Regierung des Deutschen Reiches das Wort. Nach dem Beschluß der christlichen Gewerkschaften, der unter bestimmten Voraussetzungen die Ratifizierung des Abkommens von Washington verlangt und erklärt, dem Antrag des ADGB, auf Herbeiführung des Volksentscheids beizutreten, kann kein Zweifel mehr darüber herrschen, daß in dieser Frage eine gewerkschaftliche Einheitsfront besteht.

Gestern hat auch der Gesamtvorstand der Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften eine Entschlieung gefaßt, in der es heißt:

„Der Versuch der deutschen Wirtschaft, Deutschland baldmöglichst wieder vom wirtschaftlichen und politischen Druck und den Fesseln der Reparationen zu befreien, kann nur glücken und ein gemeinschaftlicher Lösungswille ist nur zu erreichen, wenn im Innern soziale Kämpfe und Erschütterungen nach Möglichkeit vermieden werden. Die Sicherung eines den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Gegenwart anzupassenden Achtstundentages und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens sind deshalb dringende Notwendigkeiten der inneren und äußeren Politik. Die Ratifizierung hat zu erfolgen, sobald feststeht, daß England, Frankreich und Belgien ebenfalls ratifizieren. Das Reparationsproblem kann, wenn überhaupt, nur dann einer Lösung entgegengeführt werden, wenn durch ein verständiges Reparationsabkommen zwischen Unternehmer- und Arbeitnehmern die Leistungsbedingungen geschaffen werden. Der Gewerkschaftsring wünscht einen Volksentscheid möglichst zu vermeiden, da der vorhergehende Kampf den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft schwächen und Unruhe in die Betriebe tragen würde. Dieser Standpunkt kann aber nur aufrechterhalten werden, wenn ein tragfähiges Reparationsabkommen im vorstehenden Sinne zustande kommt. Unbeschadet dieses Verhandlungswillens wird der Vorstand des Gewerkschaftsringes beauftragt, entsprechend der grundsätzlichen Bereitschaft, nötigenfalls, um den Volksentscheid anzuwenden, alle technischen und finanziellen Vorbereitungen für seine Durchführung zu treffen.“

Nach diesem Beschluß bilden also die Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Frage des Achtstundentages eine Einheitsfront, und es kann schon jetzt gesagt werden, daß der Volksentscheid eine überwältigende Mehrheit für die Ratifizierung ergeben wird. Denn in dieser Frage sind die Frauen mindestens ebenso stark wie die Männer an der Einhaltung des Achtstundentages interessiert.

Man sollte nur meinen, daß unter diesen außen- und innenpolitischen Umständen die Reichsregierung klug genug sein würde, unverzüglich die entsprechenden Vorlagen auszuarbeiten und dem Reichstag zu unterbreiten. Aber die Reichsregierung weiß sich zu sehr abhängig von den reaktionären Parteien, insbesondere von der Deutschen Volkspartei, als daß sie einen derartigen Schritt wagen dürfte. Es wird also nichts anderes übrig bleiben, als den Volksentscheid durchzuführen.

Wohl werden es sich die Unternehmer ein Stück Geld kosten lassen, um Deutschland mit ihren Verdrungen und falschen Zahlen zu überschmeißen. Es war deshalb ein Gebot der Klugheit, wenn der Bundesausschuß des ADGB beschloß, daß jedes Mitglied einen Sonderbeitrag von 50 Pf. zu leisten hat. Denn es handelt sich hier um einen großen Kampf. Ein solcher Kampf muß geführt werden mit Geschlossenheit, mit Zähigkeit und Energie, mit durchschlagenden Argumenten, aber auch mit einem groß aufgezogenen, schnell arbeitenden Propagandaapparat. Der erfordert nicht allein die freudige, begeisterte Mitarbeit aller, er erfordert auch erhebliche finanzielle Mittel. Durch eine Umlage auf die Mitglieder sind sie zu beschaffen. Und nun: Vorwärts für den Achtstundentag!

